

Nachrüstung der Schulhausfenster

Lutzenberg Die Fenster im Ober- schulhaus entsprechen nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen und werden mit Absturzsicherungen nachgerüstet. Dazu hat der Gemeinderat eine Kreditüberschreitung der Erfolgsrechnung 2026 bewilligt. Die Arbeiten werden zeitnah ausgeführt und mit der Denkmalpflege abgestimmt. (gk)

Neue Leitung der Finanzverwaltung

Walzenhausen Der Gemeinderat hat Barbara Bücheler aus Gais als neue Leiterin der Finanzverwaltung gewählt. Die Stelle wurde aufgrund der per Ende September aufgelösten Zusammenarbeit der Finanzverwaltung Wolfhalden-Walzenhausen ausgeschrieben. Nach Angaben der Gemeinde waren insgesamt elf Bewerbungen eingegangen.

Barbara Bücheler ist seit vier Jahren als Leiterin der Verwaltung sowie Finanzen bei einem Berufs- und Weiterbildungszentrum im Nachbarkanton tätig. Sie bringt langjährige Berufserfahrung im Finanzbereich und auch in der öffentlichen Verwaltung mit. Zudem hat Barbara Bücheler den Lehrgang zum Chief Financial Officer absolviert und verfügt über weitere Ausbildungen im Management- und Wirtschaftsbereich. Die neue Leiterin wird per 1. September mit einem Vollpensum angestellt. (gk)

Mitwirken beim Strassenplan

Rebstein Der Gemeindestrassenplan wurde aufgrund der neuen Anforderungen aus dem Planungs- und Baugesetz aktualisiert. Bevor der bereinigte Plan öffentlich aufgelegt wird, erhält die Bevölkerung im Rahmen eines Mitwirkungsverfahrens die Möglichkeit, ihre Anliegen, Anregungen und Erfahrungen einzubringen. Das schreibt die Gemeindekanzlei Rebstein in einer Mitteilung.

Gemäss Strassengesetz des Kantons St. Gallen werden die öffentlichen Strassen und Wege in einem Gemeindestrassenplan dargestellt und entsprechend ihrer Zweckbestimmung verschiedenen Klassen zugeordnet. Die Gemeinden des Kantons St. Gallen sind verpflichtet, ihre Gemeindestrassenpläne bis spätestens im kommenden Jahr zu erneuern. Aus diesem Grund wird auch der Gemeindestrassenplan Rebstein einer Gesamtrevision unterzogen. Die Arbeiten laufen bereits seit längerer Zeit und befinden sich nun in der Schlussphase, schreibt die Gemeinde weiter. Im Rahmen der Mitwirkung erhält die Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Erfahrungen, Anliegen und Anregungen zur zukünftigen Entwicklung des Strassen- und Wegnetzes einzubringen. Nach Abschluss des Mitwirkungsverfahrens werden die eingegangenen Rückmeldungen ausgewertet und, soweit sinnvoll, in die weitere Planung einbezogen. Anschliessend wird der Gemeindestrassenplan öffentlich aufgelegt. (gk)

→ Die Bevölkerung kann sich online auf der Plattform der Gemeinde beteiligen: www.mitwirken-rebstein.ch

Broger kritisiert Bundesrat

Français Der Kantonsrat wollte Frühfranzösisch abschaffen. Nun stellt sich der Bundesrat quer und will den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule gesetzlich verankern. Dagegen regt sich Widerstand.

Gianni Amstutz

«C'est décidé – es ist entschieden.» Das konnte man zumindest glauben, als der Kantonsrat im vergangenen September das Frühfranzösisch an den Primarschulen abschaffen wollte. Eine Mehrheit des Rats hatte sich für eine entsprechende Motion ausgesprochen. Neu sollte Französisch erst ab der Oberstufe unterrichtet werden. Denn unter dem Druck, bereits im Primarschulalter eine zweite Landessprache erlernen zu müssen, hätten oft die grundlegenden Kompetenzen in Deutsch und Mathematik gelitten, so die Meinung der Ratsmehrheit.

Doch noch bevor die Motion umgesetzt ist, steht die Abschaffung des Frühfranzösischs, wie sie neben St. Gallen auch mehrere andere Kantone planen, wieder infrage. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will den Plänen der Kantone, Französisch aus dem Stundenplan der Primarschule zu streichen, einen Riegel schieben. Der Bundesrat hat als Reaktion auf die Bestrebungen einen Entwurf in die Vernehmlassung geschickt, der das Lernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule im Gesetz festschreibt.

Die Rolle der Kantone in der Bildungspolitik

Dagegen wehren sich Mitglieder des St. Galler Kantonsrats, allen voran Andreas Broger. Der Mitte-Kantonsrat aus Altstätten spricht von einem Eingriff in die kantonale Bildungshoheit. «Gerade im Bildungsbereich haben die Kantone traditionell eine starke Verantwortung und kennen die Bedürfnisse ihrer Schulen, Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler am besten.» Wenn nun auf Bundesebene Regelungen geschaffen werden



Französisch soll im Kanton St. Gallen erst ab der Oberstufe unterrichtet werden.

Bild: depositphotos

sollten, die den Handlungsspielraum der Kantone einschränken, werfe dies Fragen zur föderalistischen Ordnung und zur Rolle der Kantone in der Bildungspolitik auf.

In einem Vorstoss will er wissen, ob die Regierung im Rahmen der Vernehmlassung dazu bereit sei, sich für die Umsetzung des Kantonsratsentscheids stark zu machen. Dieser sei ein deutliches Signal gewesen und müsse als demokratisch gefällter Entscheid ernst genommen werden – unabhängig von der inhaltlichen Diskussion über den Stellenwert des Französischunterrichts. Denn für Broger geht

«Demokratische Entscheide der Kantone müssen respektiert werden.»



Andreas Broger
Mitte-Kantonsrat aus Altstätten

es beim Vorgehen des Bundesrats in dieser Frage um mehr. Es gehe darum, wie viel Einfluss der Bund künftig auf die kantonale Bildungspolitik nehmen solle.

Rückendeckung erhält Andreas Broger von der FDP-Fraktion. Auch sie hat eine einfache Anfrage zum Thema lanciert und kommt zu einem ähnlichen Urteil: «Mit seinem Vorgehen untergräbt der Bundesrat den Föderalismus und beachtet den klaren Willen des Kantonsrates nicht.» Die FDP-Kantonsräte schreiben in ihrem Vorstoss in Bezug auf die Volksschule von Fehlentwicklungen, die korrigiert werden müssten. Die Schu-

le müsse nicht jeden gesellschaftlichen Trend aufnehmen, sondern wieder vermehrt das Erlernen der Grundkompetenzen ins Zentrum stellen. Dazu zählen die FDP-Kantonsräte das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule offensichtlich nicht und schreiben: «Die Forderung des Kantonsrates war unmissverständlich.» Sie fordern in ihrem Vorstoss vom Regierungsrat ebenfalls, den Kantonsratsentscheid umzusetzen und in der Vernehmlassung Position gegen die vorgestellten Pläne des Bundesrats zu beziehen. Die Beantwortung der Regierung steht noch aus.

Bei der Ortsplanung ist erneut die öffentliche Meinung gefragt

Diepoldsau Nach den eingegangenen Einsprachen hat die Gemeinde die Ortsplanungsrevision überarbeitet. Die Bevölkerung kann die Anpassungen prüfen und in den nächsten Wochen Anregungen einreichen.

Im Rahmen der öffentlichen Auflage der Ortsplanungsrevision vom 3. Juni bis 2. Juli 2025 gingen verschiedene Einsprachen ein. Diese wurden sorgfältig geprüft und in mehreren Verhandlungen mit den Beteiligten besprochen. Zudem erfolgten vertiefte Abklärungen mit Fachpersonen sowie kantonalen Fachstellen.

Als Ergebnis dieser Überprüfung können einzelne Anliegen berücksichtigt werden, schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung. Daraus ergeben sich Anpassungen am Zonenplan, am Baureglement sowie an der Schutzverordnung. Die entsprechenden Änderungen werden nun im Rahmen einer öffentlichen Mitwirkung vorgestellt. Die Mitwirkung umfasst die vorgesehenen Änderungen der Ortsplanungsinstrumente sowie die daraus resultierenden Anpassungen in den Planungsgrund-

lagen. Die Unterlagen können ab heute bis und mit 15. Juli auf der Gemeindeverwaltung eingese-

hen oder online auf der Webseite der Gemeinde abgerufen werden. Die Bevölkerung ist einge-

laden, die Änderungen zu prüfen und ihre Anregungen einzubringen. Schriftliche Eingaben kön-

nen bis spätestens 15. Juli per Mail an ortsplanungsrevision@diepoldsau.ch oder per Post an die Gemeindekanzlei, Gemeindeplatz 1, in Diepoldsau eingereicht werden.

Nach Abschluss der Mitwirkung wird der Gemeinderat die eingegangenen Rückmeldungen prüfen und über die vorgesehenen Anpassungen entscheiden. Anschliessend erfolgt die öffentliche Auflage der Änderungen, bevor über die verbleibenden Einsprachen entschieden wird. Danach wird die Ortsplanungsrevision dem fakultativen Referendum unterstellt. Mit der Mitwirkung erhält die Bevölkerung erneut die Möglichkeit, sich aktiv in die Weiterentwicklung der räumlichen Zukunft der Gemeinde einzubringen. (gk)



Die Bevölkerung hat ihre Meinung zur Ortsplanungsrevision bereits kundgetan. Nun geht es um die revidierte Fassung der Vorlage.

Archivbild: Susi Miara

→ Unterlagen und Informationen unter: www.diepoldsau.ch/ortsplanung